

Der Ausschussvorsitzende erinnert daran, dass unter diesem Tagesordnungspunkt auch der Antrag zur Sache der SPD-Fraktion behandelt wird. Entsprechend der beschlossenen Änderung der Tagesordnung wird zudem der Antrag der CDU-Fraktion „Anlage von „Bienenweiden“ auf städtischen Grundstücken“ innerhalb dieses Tagesordnungspunktes behandelt.

Die Verwaltung führt in die Thematik ein und gibt anhand einer Präsentation Beispiele für insekten- und bienenfreundliche Grünflächen im Stadtgebiet.

Die CDU-Fraktion begrüßt das Engagement der Verwaltung. Es wird aber zu bedenken gegeben, dass insbesondere versteinerte Vorgärten in den Wohngebieten zur weiteren Versiegelung im Stadtgebiet beitragen und damit den Lebensraum für Insekten reduzieren. Eine formelle Regelung zur Grünhaltung der Vorgartenzone scheint jedoch wenig zielführend, da eine rechtliche Grundlage geschaffen und diese dann durch Verwaltungsmitarbeiter regelmäßig kontrolliert und durchgesetzt werden muss, was mit erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden ist. Die CDU-Fraktion schlägt daher vor, auf freiwillige Umsetzung zu setzen und diese, z.B. durch einen Vorgartenwettbewerb, zu aktivieren/ unterstützen.

Die SPD-Fraktion weist auf die Fördermaßnahme „Zukunft Stadtgrün“ hin. Zudem wird darauf hingewiesen, dass die Fragestellungen des Antrages zur Sache erst nach der Sommerpause beantwortet werden sollten, idealerweise im Zusammenhang mit dem Bürgerantrag zur Begrünung von Vorgärten. Der Ausschussvorsitzende erklärt, dass damit der Antrag zur Sache durch den Antragsteller zunächst zurückgezogen ist und die Verwaltung eine Beantwortung für die folgende Sitzung vorbereitet.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob durch die Stadtverwaltung Pestizide oder Herbizide eingesetzt werden. Die Verwaltung verneint eine Verwendung solcher Mittel durch den städtischen Bauhof. Lediglich ein punktueller Einsatz erfolgt, z.B. gegen Schädlinge und invasive Arten, im Regelfall auf Anordnung des Rhein-Sieg-Kreises.

Die BfM-Fraktion erklärt, dass insbesondere Flächen an den Friedhöfen, aufgrund des Samenfluges auf Grabstätten, durch die Bürgerschaft kritisch betrachtet werden. Es wird daher vorgeschlagen, insektenfreundliche Freiflächen als solche zu kennzeichnen und damit die Akzeptanz zu erhöhen. Die Verwaltung wird den Hinweis aufnehmen.

Die FDP-Fraktion regt an, im Bereich der Promenade weitere geeignete Flächen öffentlichkeitswirksam aufzuwerten. Die Verwaltung wird den Vorschlag prüfen, erklärt aber, dass sich die Pflanzen nicht auf private Grünflächen ausbreiten sollen. Zudem hatte ausbleibende Mahnt bereits erste Beschwerden aus der Bürgerschaft zur Folge.